

Resolution

Initiative Politische Denkmale der DDR

Die Resolution der 44. Kunsthistorischen Studierenden-Konferenz vom 27.5.1990 aufgreifend fordert die »Initiative Politische Denkmale der DDR« nachdrücklich den Schutz der seit 1945 auf dem Gebiet der DDR errichteten Denkmale und konkretisiert ihre Vorschläge wie folgt:

Um den Meinungsbildungsprozeß zu intensivieren, halten wir eine breite öffentliche Diskussion (Podiumsgespräche, Umfragen etc.) über den notwendigen historisch-bewußten Umgang mit den Denkmalen für unerlässlich. Der schon erfolgte Abbau von Denkmalen fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Fachleute statt. Auf Beschluß des Ost-Berliner Magistrats wurden Schrifttafeln demontiert, die Zitate von oder Hinweise auf Erich Honecker trugen, so

1. die Stelen mit Texten von Erich Honecker und Ernst Thälmann am Ernst-Thälmann-Denkmal im Prenzlauer Berg
2. die Tafel mit einem Honecker-Zitat am Schauspielhaus
3. die Gedenktafel am Magistratsgebäude in der Parochialstraße.

Ebenso wurde eine Gedenktafel zum Vereinigungsparteitag von SPD und KPD am Berliner Admiralspalast in der Friedrichstraße entfernt. Auf Wirken unbekannter Personen oder Gruppierungen hin wurden z.B. folgende Gedenktafeln abgenommen:

1. Hinweis auf Aufenthalt Friedrich Engels' in Berlin, Friedrichstr. 90
2. Tafel für Otto Grotewohl am Bankgebäude, August-Bebel-Platz.

Außerdem ist auf die durch den CDU-Bürgermeister in Falkenstein betriebene Demontage des Denkmals für Max Hölz hinzuweisen.

Es droht die willkürliche Zerstörung aller Zeugnisse der eigenständigen politischen Entwicklung der DDR und ihrer Kunst und Kultur.

Am 13.7.1990 wurde von der »Initiative Politische Denkmale der DDR« ein Diskussionsforum an der Humboldt-Universität organisiert, an dem Fachleute aus den Bereichen Kunstwissenschaft, Kultur und Denkmalpflege teilnahmen.

Es bestand ein Konsens darüber, daß die Klärung des Problems einer breiten Öffentlichkeit bedürfe. Eine unreflektierte Zerstörung stelle keineswegs die einzige Umgehensweise dar. Vielmehr müsse in jedem Einzelfall eine dem Denkmal entsprechende Entscheidung über Erhalt, Veränderung bzw. kritische Ergänzung erfolgen.

Bei von uns durchgeführten Befragungen der Bevölkerung ließ sich die Tendenz erkennen, daß in den wenigsten Fällen eine Demonstration der Denkmale für richtig gehalten wird. Damit kann ein »Volkszorn« nicht zur Legitimation zerstörerischer Eingriffe benutzt werden.

Die Initiative führte ein Gespräch mit der Historikerin Anna Dora Miethe vom Institut für Denkmalpflege in Ost-Berlin, die in den letzten

dreißig Jahren alle politisch-historischen Denkmale der DDR systematisch erfaßt hat. Archiv und Arbeitsstelle stehen aufgrund der Verlagerung der Denkmalschutzkompetenz auf die Länderebene vor der Auflösung. Eine solche Stelle ist für eine wissenschaftlich-kritische Auseinandersetzung mit den Objekten unerlässlich. Wir fordern daher den Erhalt dieser zentralen Dokumentationsstelle.

Wir appellieren an alle politischen Kräfte, Schritte zum Schutz der in der DDR errichteten Memoriale einzuleiten und sich aktiv an der in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt zu führenden Diskussion zu beteiligen.

Berlin, 15. Juli 1990

Kontaktadresse:

Initiative Politische Denkmale der DDR
Sektion Heidelberg
c/o Hubertus Adam
Mannheimer Str. 205
6900 Heidelberg
Tel. 06221/834196